

AUSGABE VOM 16. JANUAR 2015

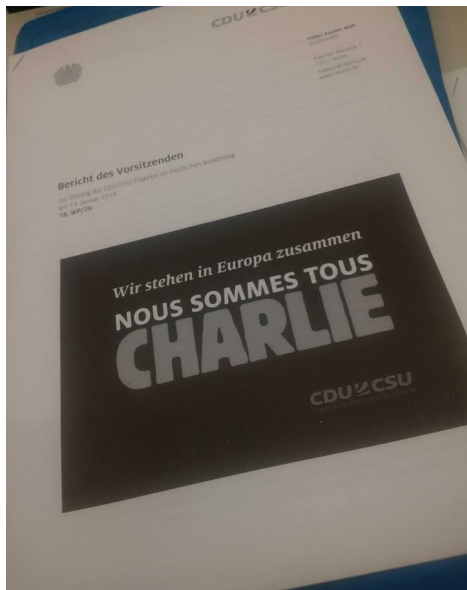
Flüchtlingskosten: Rot-Grün halbiert Bundeshilfen für NRW-Kommunen

Die Flüchtlingszahlen steigen und deshalb ist die Finanzhilfe des Bundes eine dringend benötigte Entlastung für die Kommunen. Der Bund hat ausdrücklich vorgesehen, dass dort, wo die Kommunen Kostenträger der Flüchtlingshilfe sind, die Länder diese Mittel weiterleiten. Der Bund stellt NRW 108 Millionen Euro zur Verfügung. Diese Mittel sollten den Kommunen zu Gute kommen, da die Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen vor allem hier anfallen.

Von dem Geld kommen aber tatsächlich nur die Hälfte dort an. Andere Bundesländer machen es besser. Bayern, Mecklenburg-Vorpommern oder das Saarland tragen 100 Prozent der Kosten für Flüchtlinge. Köln gehen Mittel in Millionenhöhe verloren, die zur Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern dringend benötigt werden. Deshalb wird die Stadt auch weiterhin auf einem Großteil der Kosten sitzen bleiben. Das darf nicht so bleiben. Ich fordere deshalb die Landesregierung auf: Lasst die Kommunen nicht im Regen stehen. Das Geld steht den Kommunen zu.

Regierungserklärung: Demokratie stärker als Terrorismus!

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat vor dem Bundestag die Terroranschläge in Paris verurteilt: „Wir sind erschüttert und fassungslos über den Tod von 17 unschuldigen Menschen.“



Sie forderte ein konsequentes Vorgehen gegen islamistische Gewalt und Antisemitismus. Demokratie sei der Gegenentwurf zum Terrorismus. Die Demokratie werde den Terror besiegen. Aber wir müssten stets aufs Neue für deren Werte eintreten. In den schlimmen Stunden, die Paris und die Franzosen durchlitten hätten, sei es um zwei der großen Übel unserer Zeit gegangen, um mörderischen islamistischen Terrorismus und Antisemitismus. Die Bundeskanzlerin sprach Frankreich die Solidarität der Deutschen aus.

Angela Merkel hob die Bedeutung von Pressefreiheit und Toleranz hervor. Religionsfreiheit und Toleranz meinten aber nicht, dass im Zweifelsfall die Scharia über dem Grundgesetz stehe. Die Kanzlerin nahm die Muslime in Deutschland gegen

pauschale Schuldzuweisungen in Schutz: „Jede Ausgrenzung, jeder Generalverdacht verbietet sich“. Zugleich bekräftigte sie, dass die Regierung jede Form islamistischer Gewalt bekämpfe und betonte, dass jüdisches Leben zu Deutschland gehöre. Allen Formen von Intoleranz müssten wir den Boden entziehen.

Der Terror werde nicht von heute auf morgen verschwinden. Als Beispiele nannte die Kanzlerin die NSU-Morde, die Enthauptungen von entführten Journalisten in Syrien und Irak und die blutigen Taten der islamistischen Terrorgruppe „Boko Haram“ in Nigeria. Sie hat Recht, und unsere Verurteilung und der Kampf gegen den Terrorismus muss universellen Charakter tragen. Menschlichkeit und Globalisierung erfordern den Blick auf die ganze Welt. Etwa zur gleichen Zeit als auch wir mit Frankreich trauerten, metzelte „Boko Haram“ in Nigeria rund 2000 Menschen nieder. Alle Gräueltaten müssen wir öffentlich ächten und da wo es möglich ist, gemeinsam mit der Internationalen Gemeinschaft konsequent bekämpfen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

die eigentlich an dieser Stelle angebrachten guten Wünsche für das neue Jahr blieben uns in diesem Jahr im Halse stecken, als wir von dem schrecklichen Attentat in Paris, im Herzen Europas hörten, ein Attentat, organisiert wie eine Hinrichtung.



Der Angriff war gegen einen zentralen Wert unserer Gesellschaft gerichtet - gegen die Meinungsfreiheit. Die Meinungsfreiheit schließt Geschmacklosigkeiten ein, aber ein Wesenszug unserer Gesellschaft ist die Toleranz, das auszuhalten.

Wenn jetzt über die Frage diskutiert wird, ob „Charlie Hebdo“ die religiösen Gefühle der Muslime verletzt hat, dann heißt die Antwort eindeutig ja. Ob sie das durfte, hängt von unserer Rechtsordnung ab, und niemand außer der Justiz ist befugt, Verstöße dagegen festzustellen und zu ahnden.

Die Forderung, unsere Rechtsordnung zu verteidigen, darf aber nicht verbunden werden mit ausländerfeindlichen Aktivitäten oder antimuslimischer Hetze. Wir dürfen uns vor Augen halten, wie groß die Zahl derer ist, die gesetzestreu hier im Lande leben, die mit ihrer Arbeit zu unserem Wohlstand beitragen, die ihre Religion frei und sicher ausüben möchten und dürfen.

Verbrechen sind immer die Taten konkreter Personen, welche Motive und Rechtfertigungsversuche sie auch immer haben. Wünschen wir uns also für das neue Jahr nicht nur Frieden in dieser friedlosen Welt, sondern Frieden in unserer Gesellschaft und arbeiten wir daran.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I

Alexander Gerst - Astronaut in besonderer Mission



Im Gespräch mit dem DLR-Astronauten Alexander Gerst (Foto: Doerpinghaus)

Am 10. November 2014 landete Alexander Gerst nach 165 Tagen im All in der kasachischen Steppe. Vergangene Woche war er zu Gast beim Neujahrsempfang der Parlamentsgruppe Luft- und Raumfahrt und berichtete vor zahlreichen Zuhörern ausführlich über seine Mission im All.

Die ISS-Mission „Blue Dot“ war dabei nur die öffentlich wahrgenommene Spitze eines ereignis- und erfolgreichen Raumfahrtjahres. Seine Mission war vor allem deshalb so spektakulär, weil Gerst wie kein anderer Astronaut vor ihm die modernen Kommunikationsmittel und sozialen Netzwerke nutzte, um von seiner Arbeit im All zu berichten. Schulprojekte brachten Schülerinnen und Schülern jeglichen Alters Erkenntnisse, die wegen ihrer Anschaulichkeit und Unmittelbarkeit im Schulalltag sonst kaum zu erreichen sind. Eine Auswahl aus 12.500 fantastischen [Fotos](#) und Videos seiner Arbeit und seiner Beobachtung der Erde kann man auf der Homepage des DLR besichtigen.

Für seine Verdienste zeichnete Bundespräsident Gauck den Astronauten mit dem Bundesverdienstkreuz aus. Warum gehen wir in den Weltraum? Gersts Antwort darauf: „Man geht in den Weltraum, um etwas über das herauszufinden, was uns hier auf der Erde betrifft.“

Das andere spektakuläre Ereignis war die Mission Rosetta, die Landung auf dem Kometen Tschuryumov-Gerasimenko, kurz 67P, nach zehnjähriger Reise durch das All, 500 Millionen Kilometer von der Erde entfernt. Sie soll die Entstehungsgeschichte unseres Sonnensystems erforschen indem sie einen der ältesten und ursprünglichsten Himmelskörper untersucht.

Die Mission besteht aus einem Orbiter und der Landeeinheit Philae. Das DLR hatte wesentliche Anteile beim Bau des Landers und betreibt das Lander-Kontrollzentrum, das die schwierige und

bisher noch nie gewagte Landung auf dem Kometen am 12. November 2014 um 17:03 Uhr MEZ betreut hat. [Bilder](#) bei der DLR.

Und schon ist die nächste Mission unterwegs. Der Asteroidenlander Mascot des DLR startete am 3. Dezember 2014 mit der japanischen Hayabusa2-Sonde vom Tanegashima Space Center in Japan zu dem sehr kleinen Asteroiden 1999 JU3 mit einem Durchmesser von nur einen Kilometer.

In vier Jahren wird er das Ziel erreicht haben. Dort soll die Hayabusa2-Sonde im dichten Flug über dem Asteroiden Material von seiner Oberfläche "einsaugen" und zur Erde zurückbringen. Mascot hingegen wird auf dem Asteroiden aufsetzen, sich hüpfend fortbewegen und erstmals in der Raumfahrtgeschichte an mehreren Orten Messungen durchführen. Gesteuert wird der im DLR entwickelte und gebaute Lander und seine vier Instrumente aus dem "Control Center" des DLR in Köln.

„Viva Colonia“: Gewinner des Berlin-Rätsels ausgelost

Das schöne Lösungswort meines kleinen Rätsel-Gewinnspiels aus meiner gedruckten Jahresbilanz war „Viva Colonia“. Danke allen, die bis zum Einsendeschluss am 31.12.2014 mitgespielt haben und so in den Lostopf kamen. Was für eine schöne Reso-



nanz. Ich habe mich diese Woche in Berlin nun persönlich als „Glücksfee“ betätigt - Gratulation an alle Gewinnerinnen und Gewinner! Sie werden von mir zeitnah schriftlich benachrichtigt, die Sachpreise werden per Post übersandt.

Impressum:

Ausgabe Nr. 01/2015, 16. Januar 2015

Herausgeber: Bundestagsbüro Karsten Möring, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: 030/ 227-77611

Email: karsten.moering@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P:

Karsten Möring MdB/Harald Häßler/Dr. Jürgen Reuter